



Eine gemeinsame Energiepolitik für Europa – Chancen und Herausforderungen

*vorgelegt vom Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P),
Ludwig-Maximilians-Universität München*

*Strategiepapier für das 4. Deutsch-Spanische Forum
5.-6. Februar 2007, Würth Haus Berlin*

Veranstalter:



1. Energiepolitik – Schlüsselthema der Zukunft

Spätestens seit der Drosselung der Gaslieferungen des russischen Gasriesen Gazprom in die Ukraine und den hohen Energiepreisen zu Beginn des Jahres 2006 ist das Thema Energiepolitik in aller Munde. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie die weltweite Energieversorgung auch künftig nachhaltig gesichert werden kann.

Die gewachsene Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Energieversorgungssicherheit hat mehrere Gründe. Zum einen sorgt der globale Energiehunger verbunden mit den begrenzten Förderkapazitäten bereits heute für zeitweilige Versorgungsengpässe und starke Energiepreisschwankungen. Die Monopolstellung von Öl- und Erdgasförderern in instabilen und nicht-demokratischen Regionen wird sich aufgrund der Verknappung der fossilen Energieträger gerade in Europa weiter festigen, die Gefahr von Konflikten aufgrund der Ressourcenknappheit ist stark gestiegen.

Dem enorm gewachsenen Bedarf an Energieressourcen steht eine dramatische Verschärfung der Umwelt- und Klimaproblematik gegenüber. Die Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls zur Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes werden nur mangelhaft umgesetzt, ohne dass wirksame Sanktionsmechanismen gegen Verstöße zur Anwendung kommen könnten. Erst allmählich setzt sich das Bewusstsein für die Notwendigkeit von alternativen und effizienteren Energiegewinnungstechniken durch.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die Frage der Energieversorgung längst kein reines Wirtschaftsthema mehr ist. Vielmehr muss das Thema als politische Querschnittsaufgabe der Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik, Technologiepolitik, Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Handelspolitik und Umweltpolitik begriffen werden. Gefragt ist eine effiziente, wachstumsfördernde und zugleich nachhaltige energiepolitische Strategie, an der sowohl private als auch öffentliche Akteure beteiligt sind.

Die nötigen Maßnahmen können jedoch aufgrund der globalen Herausforderungen für die Wahrung der Energiesicherheit nicht von den Nationalstaaten alleine bewältigt werden. Vielmehr ist ein gemeinsames Vorgehen aller beteiligten Akteure auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene erforderlich. Der engen Abstimmung innerhalb der Europäischen Union kommt dabei besondere Bedeutung zu, um die Potenziale sowohl eines gemeinsamen Energiebinnenmarkts als auch einer abgestimmten Energieaußenpolitik nutzen zu können.

2. Energie in Zahlen – ein Überblick

- *Nachfrage und Angebot*

Angesichts des weltweiten Bevölkerungswachstums und der Dynamik der globalen Produktion verdoppelte sich der gesamte Energiebedarf seit 1970, in der Europäischen Union stieg er um über 40 Prozent, in China wuchs er um das Vierfache.¹ Die Lage wird sich künftig weiter verschärfen. Der wirtschaftliche Aufstieg der asiatischen Ökonomien wird den Energiebedarf weiter wachsen lassen. Der steigende Wohlstand wird spürbare Auswirkungen auf die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerungen haben, der Energiekonsum der privaten Haushalte wird sich vervielfältigen.

Ölverbrauch 2002/2030 nach Ländern und Regionen (in Mio. Barrel pro Tag)

	2002	2030	Änderung
China	4,9	12,7	159 Prozent
Indien	2,4	5,3	124 Prozent
Saudi-Arabien	1,6	3,2	99 Prozent
USA / Kanada	19,7	26,4	34 Prozent
EU	13,0	14,9	15 Prozent

Quelle: Europäische Kommission (2006): Commission staff working document: Annex to the Green Paper.

Auch in anderen Entwicklungsregionen zeichnet sich eine größere Energienachfrage ab, sodass ihr Energiebedarf in etwa zehn Jahren möglicherweise den der reichen Industrieländer übersteigen wird.² Schätzungen zufolge haben derzeit 1,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität, vor allem ländliche Gebiete leiden an einer Unterversorgung mit Energie. Die Anziehungskraft der Städte wird weiter anwachsen und die urbanen Räume unkontrolliert wuchern lassen. Neben erheblichen sozialen und ökonomischen Problemen wird die Bereitstellung der geforderten Energie zur größten Herausforderung der Urbanisierung werden.

Neben der gestiegenen Energienachfrage sorgen auch Defizite auf der Angebotsseite für zeitweilige Engpässe in der Energieversorgung. Die fossilen Energieressourcen in vielen Ländern des Westens schwinden – die Europäische Union führt bereits heute über die Hälfte ihres Ölbedarfs ein, bis 2030 sollen die Importe auf über 80 Prozent steigen.

Die Förderländer können bzw. wollen diesen Bedarf jedoch nur begrenzt decken. Zum einen verhindern veraltete bzw. ineffiziente Förderstätten eine Ausweitung der Kapazitäten, die nur durch umfangreiche Investitionen möglich wäre. Zudem wird es aufgrund geologischer Restriktionen und des damit verbundenen enormen finanziellen und physischen Aufwands immer schwerer, die noch vorhandenen Energiequellen zu erschließen. Zum anderen bringt die

¹ Zu den Zahlen vgl. Europäische Kommission (2006): Commission staff working document: Annex to the Green Paper, Brüssel. Abrufbar unter http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_working_document_en.pdf.

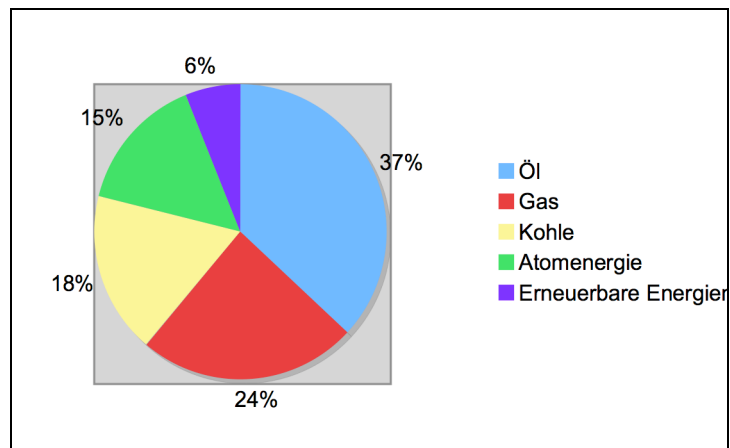
² Zukunftsinstitut GmbH (Hrsg.) (2006): Globale Trends Monitor. Die relevantesten weltweiten Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft, Kelkheim.

bewusste Drosselung der Förderkapazitäten den wenigen rohstoffreichen Staaten satte Gewinne ein und kann gezielt zur Durchsetzung politischer Interessen missbraucht werden.

- *Geografie und Geopolitik der Rohstoffe*

Neben Kohle und nuklearer Energie wird der globale Energiebedarf hauptsächlich durch die Verarbeitung von Erdöl und Erdgas gedeckt. Bis 2030, so die Vorhersage der Internationalen Energieagentur (IEA), wird der Anteil des durch Öl und Gas gedeckten Energiekonsums auf rund 85 Prozent steigen.³ Gleichzeitig jedoch schwinden die derzeit bekannten Rohölreserven, sodass in spätestens 15 Jahren mit einer Verringerung der bisherigen Fördermenge gerechnet werden muss, sofern alternative Ölgewinnungsmethoden, z.B. aus Ölschiefer oder Ölsand, weiterhin unrentabel bleiben.

Anteil der in der EU verbrauchten Energieträger



Quelle: Europäische Kommission (2006): Commission staff working document: Annex to the Green Paper. Daten stammen aus dem Jahr 2004.

Bedenklich ist dabei vor allem die geopolitische Verteilung des Rohölaufkommens. Zwar entfallen auf die großen volkswirtschaftlichen Räume – Nordamerika, EU, Asien – mehr als zwei Drittel des gesamten Ölverbrauchs, jedoch besitzen diese nur rund ein Fünftel der weltweiten Ölreserven. Zwei Drittel davon liegen im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika, in Regionen mit zahlreichen politisch instabilen und nicht demokratischen Staaten.⁴

Bei der Versorgung mit Erdgas, das als Energieträger immer mehr an Bedeutung gewinnt, zeigt sich ein ähnliches Bild: Auch hier sind Nordamerika, die EU und Asien zusammen für mehr als die Hälfte des weltweiten Gaskonsums verantwortlich, diese Regionen verfügen jedoch nur über rund 15

³ International Energy Agency (2006): World Energy Outlook 2006, Paris.

⁴ Janning, Josef (2006): Europe in a world of change. Presentation for the X. International Bertelsmann Forum, München. Abrufbar unter <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2006/europe.php>.

Prozent aller bekannten Gasreserven. Rund zwei Drittel der nachgefragten Gesamtmenge stammt aus Russland und dem Nahen Osten, die Europäische Union deckt einen Großteil ihres Gasbedarfs durch russische Importe.

Reserven von Erdöl und Erdgas

Land	Anteil an globalen Erdölreserven in %	Land	Anteil an globalen Erdgasreserven in %
Saudi-Arabien	20,4	Russland	27,5
Kanada	13,8	Iran	15,9
Iran	10,2	Qatar	14,9
Irak	8,9	Saudi Arabien	3,9
Kuwait	7,8	Ver. Arab. Emirate	3,5
Ver. Arab. Emirate	7,6	USA	3,1
Russland	4,6	Nigeria	3,0
Libyen	3,0	Algerien	2,6
Nigeria	2,8	Venezuela	2,5
USA	1,6	Irak	1,8

Quelle: U.S. Department of Energy (2006): International Energy Outlook. Daten stammen aus dem Jahr 2006.

Die geologischen und geopolitischen Restriktionen der Öl- und Gasversorgung der EU erfordern vor diesem Hintergrund eine Diversifizierung der Energieträger. Vor allem für die Erzeugung von Strom und in der Stahlproduktion ist die Verwendung von Kohle nach wie vor bedeutsam. Die Europäische Union speist immerhin 18 Prozent ihres Energiebedarfs aus der Kohleverarbeitung. Zwar ist das Kohleaufkommen für die Staaten des Westens geopolitisch günstiger verteilt und somit gegenüber Erdöl und Erdgas besonders attraktiv. Doch aufgrund der hohen Umweltbelastung bei der Verbrennung ist Kohle nur begrenzt als Alternative zu Öl und Gas einsetzbar.

In den vergangenen Jahren wurde der Anteil der nuklearen Energiegewinnung in der Europäischen Union beständig ausgeweitet und beträgt heute 15 Prozent der Gesamtenergieversorgung. Gleichzeitig wird die Möglichkeit eines Atomausstiegs in vielen Ländern kontrovers diskutiert. Einige EU-Mitgliedstaaten haben sich bereits zu einem Ausstieg aus der Atomenergie entschlossen. Eine endgültige Festlegung wird jedoch immer auch von der jeweiligen politischen Konstellation in den betroffenen Ländern abhängen und sollte die Frage der Produktionssicherheit und der aufwändigen Entsorgung alter Brennstäbe berücksichtigen.

- *Option regenerative Energien*

Da die EU nur begrenzt über eigene fossile Energiequellen verfügt und auf Rohstoffimporte angewiesen ist, wird die Energiegewinnung durch regenerative Energieträger immer wichtiger. Vor dem Hintergrund der dramatischen Prognosen zum Klimawandel erhält die Energiegewinnung durch CO₂-ausstoßarme Techniken zusätzlich Bedeutung. Bisher beträgt der Anteil der aus Biomasse, Wasserkraft, Wind, Sonnenkraft und anderen erneuerbaren Ressourcen gewonnenen Energie lediglich sechs Prozent der gesamten Energieversorgung in der EU. Doch gemeinsame Forschungs- und Innovationsanstrengungen in diesem Bereich sollen die Effizienz der

Energiegewinnung durch regenerative Energieträger steigern und damit im Vergleich zur Energiegewinnung aus fossilen Rohstoffen wettbewerbsfähiger machen. Ziel der EU ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln und die einseitige Abhängigkeit von fossilen Ressourcen zu verringern.

3. Ein gemeinsamer europäischer Ansatz

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union stehen vor der schwierigen Aufgabe, ein ausbalanciertes Verhältnis zwischen Energieversorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit zu finden. Die ehrgeizigen Ziele der Lissabon-Strategie verschärfen die Situation zusätzlich, da das Ziel der Wettbewerbspolitik möglicherweise mit dem Ziel einer umweltverträglichen und nachhaltigen Energieversorgung in Konflikt stehen könnte. Auf der anderen Seite eröffnen die nötigen Forschungsanstrengungen im Bereich der Energiegewinnungstechnologie aber auch beschäftigungspolitische Chancen. Ein gemeinsamer energiepolitischer Ansatz für Europa ist daher gefragt, um durch Lern- und Austauschprozesse Synergien zu ermöglichen und die Zielkonflikte einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und umweltfreundlichen Energiepolitik zu minimieren.

Noch liegt die Gestaltungsmacht in der Energiepolitik allerdings weitgehend in den Händen der Nationalstaaten, erst das Energiekapitel in der Europäischen Verfassung hätte deutliche Fortschritte ermöglicht. Doch solange der Verfassungsvertrag auf Eis liegt, müssen entsprechende energiepolitische Bestimmungen weiterhin aus dem Binnenmarkt- und Umweltrecht abgeleitet werden. Angesichts der Ungewissheit über die Zukunft der Verfassung auf der einen und der alarmierenden Prognosen zur Energieversorgungssicherheit auf der anderen Seite gilt es daher, die bestehenden rechtlichen Grundlagen voll auszuschöpfen und eine nachhaltige Zusammenarbeit aller EU-Mitgliedsstaaten voranzutreiben.

Erste Schritte eines gemeinsamen Vorgehens sind bereits erkennbar: Die Europäische Kommission veröffentlichte auf der Grundlage des im März 2006 vorgelegten Grünbuchs „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“⁵ im Januar 2007 einen Aktionsplan für „Eine Energiepolitik für Europa“⁶. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zudem deutlich gemacht, die Energiepolitik der Europäischen Union im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 voranzubringen.

Besonderes Augenmerk sollte dabei einerseits auf die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes und andererseits auf die Etablierung einer gemeinsamen europäischen Energieaußenpolitik gelegt werden.

⁵ Europäische Kommission (2006): Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, Grünbuch der Kommission, SEK (2006) 317, Brüssel. Abrufbar unter http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_document_de.pdf.

⁶ Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, SEK (2007) 12, Brüssel, Abrufbar unter http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/index_en.htm.

Der Aktionsplan „Eine Energiepolitik für Europa“

Ziel:

Sicherstellung einer nachhaltigen, sicheren und wettbewerbsfähigen Energieversorgung

Maßnahmen:

- Vollendung der europäischen Binnenmärkte für Strom und Gas
- Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten
- Langfristige Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausgase
- Stärkung der Energieeffizienz
- Stärkung der erneuerbaren Energien
- Erarbeitung eines europäischen Strategieplans für Energietechnologie
- Förderung CO₂-armer Brennstoffe
- Weiterentwicklung des Rechtsrahmens für Kernenergie
- Förderung einer internationalen Energiepolitik
- Einrichtung einer Energiebeobachtungsstelle

Quelle: Europäische Kommission (2007): Eine Energiepolitik für Europa, Brüssel.

• *Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes*

Die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes durch eine eigentumsrechtliche Entflechtung soll den Verbrauchern künftig die freie Wahl ihres Gas- und Stromanbieters ermöglichen. Dies soll den innereuropäischen Wettbewerb unter den Versorgern ankurbeln und dadurch zum einen Innovation und Forschung anregen und zum anderen die Energiepreise senken.

Defizite bestehen allerdings noch für Energieanbieter aufgrund der unterschiedlichen Zugangsmodalitäten zu den nationalen Energiemärkten. Die strikte Abriegelung des Energiesektors zeigt, dass die Energiepolitik zu den sensibelsten Bereichen nationaler Politik gehört. Eine sichere Energieversorgung ist für die Funktionsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften unabdingbar, weshalb die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten streng über ihren energiepolitischen Haushalt wachen. Die Abschottung der nationalen Märkte wird jedoch auf Dauer zu Ineffizienzen in der Energieversorgung führen und den europäischen Markt schwächen.

Ziel muss es daher sein, europaweit einheitliche und transparente Marktzugangsregeln zu schaffen und diese unabhängig überprüfen zu lassen. Angesichts des in anderen Bereichen weitgehend vollendeten Binnenmarktes sollten künftig auch im Energiesektor grenzüberschreitende Kooperationen und Investitionen selbstverständlich sein. Schließlich erzwingen ein gemeinsamer Binnenmarkt und damit eine gemeinsame Abhängigkeit von der Energieversorgung geradezu einen gemeinsamen europäischen Ansatz.

Auch die Frage der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Falle eines empfindlichen Engpasses in der Energieversorgung und die gemeinsame Verantwortung für die Gewährleistung eines ausreichenden Energiereisourcenbestandes in der EU sollte in diesem Zusammenhang gestellt werden. Ein Versorgungsnetz innerhalb der Union könnte verhindern, dass einzelne Staaten aufgrund von Lieferkonflikten von der Energieversorgung abgeschnitten werden.

- *Energiepartnerschaften mit Förder- und Transitländern*

Die asymmetrische Verteilung der Energieressourcen wird zunehmend zu einem Machtfaktor, der von rohstoffreichen Ländern zur Durchsetzung politischer Ziele instrumentalisiert wird. Je kohärenter der Auftritt der Union nach außen, desto fester ist ihre Stimme bei Verhandlungen mit Förder- und Transitländern. Durch die Partnerschaften mit Drittländern können stabile rechtliche Voraussetzungen für den Energiehandel geschaffen werden. Dabei sollte die EU darauf achten, möglichst viele verschiedene Partner einzubinden, um eine Abhängigkeit von einem einzigen Lieferstaat zu verhindern.

Die Partnerschaften sollten mit gezielten Aktivitäten zur Förderung der Produktions- und Transportkapazitäten und zur Verbesserung der technologischen Infrastruktur verknüpft werden. Gleichzeitig sollte die Kooperation mit der Etablierung rechtstaatlicher Governance-Strukturen in den jeweiligen Partnerstaaten einhergehen. Dadurch entstünde eine für beide Seiten – EU und Förder- bzw. Transitländer – vorteilhafte Situation, die die Grundlage für eine nachhaltige vertrauensvolle Zusammenarbeit bildet.

Besonderes Augenmerk sollte die Europäische Union auf die enge Anbindung Russlands, der Ukraine, der Staaten Zentralasiens und des kaspischen Raums legen, da die energiepolitische Bedeutung dieser Regionen besonders hoch ist.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hat sich zum Ziel gesetzt, das auslaufende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland durch eine enge und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit zu ersetzen. Der Abstimmung in Energiefragen wird dabei eine besondere Rolle zukommen. Problematisch ist jedoch nach wie vor die strikte Abschottung der russischen Energiebranche. Der Einfluss Moskaus im Energiesektor ist mit den hohen Energiepreisen kontinuierlich angestiegen, privatwirtschaftliche Investoren und Anleger aus dem Ausland werden wirksam vom monopolisierten Markt ferngehalten. Eine gemeinsame europäische Energieaußenpolitik sollte daher insbesondere auf eine Verflechtung und gegenseitige Öffnung der Energiemärkte drängen. Die EU muss der Regierung in Moskau vermitteln, dass angesichts der besonderen Bedeutung der russischen Energieexporte nach Europa eine dauerhafte Abschottung der Energiemärkte auch den Interessen Russlands zuwiderlaufen könnte. Russland ist durch ein enges Gasversorgungsnetz an seine Abnehmer in Europa gebunden und würde seine Position durch einseitige Machtdemonstrationen auf Dauer schwer beschädigen. Allerdings zeigt die Tatsache, dass Russland die internationale Energiecharta trotz deutlicher Aufforderungen noch immer nicht ratifiziert hat, den begrenzten Einfluss, den die EU auf Moskau ausüben kann. Dieser könnte künftig noch weiter schwinden, wenn sich die Energiehandelsbeziehungen zwischen Moskau und Peking weiter verdichten und damit die Bedeutung der EU als Energiekonsument zunehmend relativiert wird.

Neben einer engen Partnerschaft mit Russland wird auch eine strategische Kooperation mit Algerien immer mehr an Bedeutung erlangen. Nach Russland und Norwegen ist das Land der drittgrößte Gaslieferant der EU, Mitgliedstaaten wie Spanien und Italien beziehen sogar 44 bzw. 33 Prozent ihres Gasbedarfs aus Algerien. Die Regierung in Algier ist in Form der EU-Mittelmeerpolitik bereits in vielen Politikbereichen an die Europäische Union angebunden. Künftig sollte die EU darauf bedacht sein, das Thema Energieversorgung noch

stärker zu berücksichtigen und eine für alle Beteiligten vorteilhafte Form der Kooperation etablieren.

Auch der Türkei wird vor dem Hintergrund des *Nabucco*-Projekts eine besondere energiestrategische Bedeutung zukommen.⁷ Die Pipeline *Nabucco* wird ab dem Jahr 2011 Erdgas aus Zentralasien über die Türkei in die EU fördern und reduziert damit die einseitige Anhängigkeit der EU von russischen Gasleitungen. Auch wenn sich ein langwieriger und komplizierter EU-Beitrittsprozess der Türkei abzeichnet, hat die Türkei damit schon heute eine herausragende strategische Bedeutung für die Europäische Union. Eine enge Einbindung des Landes in die europäischen Politikprozesse ist daher unabdingbar.

- *Globaler Energiedialog: Einbindung der Wettbewerber*

Das Thema Energieversorgungssicherheit steht in allen Ländern mit hoch entwickelten Volkswirtschaften weit oben auf der politischen Agenda. Der außenpolitische Aspekt der Energiepolitik treibt die globale Suche nach möglichen Rohstoffquellen an.

Bereits heute konkurrieren Europa, die USA und Länder wie Indien oder China in einem aggressiven Wettbewerb um den Zugang zu den Förderstätten. Es droht ein Nullsummenspiel um die globale Energieversorgung, das keine Rücksicht nimmt auf die Achtung von Nachhaltigkeit und demokratischen Standards. Ein zeitweiliger Vorteil beim Zugang zu Energieressourcen könnte bestimmte Staaten zwar zunächst begünstigen. Doch eine langfristige Unterversorgung der übrigen volkswirtschaftlichen Räume würde letztlich auch das Wachstum der gesamten Weltwirtschaft stören und zu einer globalen Rezession führen.

Durch die gemeinsame Abhängigkeit von zentralen Energieförderregionen und Energietransportwegen sind alle Verbraucherstaaten gleichermaßen verwundbar. Die Gefahr von terroristischen Angriffen auf die Versorgungsinfrastruktur macht die Sicherheit der Rohstoffversorgung zunehmend zu einer internationalen Herausforderung. Die Energie- und Nuklearpolitik des Iran verdeutlicht den engen Zusammenhang zwischen energie- und sicherheitspolitischen Aspekten und hat unmittelbare Auswirkungen sowohl auf die Europäische Union als auch auf die USA und die großen volkswirtschaftlichen Räume in Asien.

Es muss daher im Interesse aller Akteure des globalen Energiemarktes liegen, einen offenen Dialog über Fragen der Energieversorgung zu institutionalisieren. Auf diese Weise können Konflikte kanalisiert und transparent geregelt werden. Eine internationale Kooperation, die Rücksicht nimmt auf die sensiblen Interessen eines Staates, kann langfristig Synergien erzeugen und zu einer global verlässlichen, nachhaltigen und effektiven Energieversorgung führen.

Die Europäische Union sollte vor diesem Hintergrund die weltweite Aufmerksamkeit, die dem Thema Energieversorgungssicherheit derzeit gewidmet wird, für eine Einbindung der großen energiepolitischen

⁷ Vgl. zum Thema Notz, Kristina (2006): Energie für Europa – Im Spannungsfeld von Sicherheit, Wettbewerb und Nachhaltigkeit, C·A·P Aktuell 5, München.

Wettbewerber nutzen. Ein Nullsummenspiel wird sich auf Dauer für alle Akteure negativ auswirken und aufgrund der Wichtigkeit des Themas auch andere Bereiche der internationalen Beziehungen überschatten.

Ein globaler Energiedialog könnte die Aspekte Sicherheit der Versorgungsinfrastruktur, Forschung, Innovation und Umweltverträglichkeit umfassen. Die Expertise zur Energieeffizienz, über die die EU aufgrund intensiver Forschungsmaßnahmen verfügt, könnte auch für andere Verbraucherregionen zugänglich gemacht werden. Auch die Frage nach der Beachtung demokratischer Standards in den Förder- und Transitländern sollten an dieser Stelle aufgegriffen werden.

Zwar zeigen die schwierigen Verhandlungen zu einer Energiestrategie in der Europäischen Union, dass die Koordinierung der Energiepolitik sehr schnell an nationale Souveränitätsbereiche stößt, wenn es um die konkrete Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen geht. Dennoch wird ein globaler Energiedialog unabdingbar sein, um Berechenbarkeit und Stabilität im internationalen Staatensystem auf Dauer zu wahren.